

Seminar: Gesellschaftliche und wirtschaftliche Evolution

Seminarleiter: PD Dr. Peter E. Fäßler, Prof. Dr. Marco Lehmann-Waffenschmidt

Sommersemester 2004

## **Das Schicksal der Wirtschaftsreform der 60er Jahre in der DDR- oder: Die „eingebaute Selbstzerstörung“<sup>1</sup> des Systems**

Antonie Curtius

Matr. 2854612

6. Fachsemester, Bachelor

Internationale Beziehungen

TU Dresden

Rothenburgerstraße 42

01099 Dresden

Email: [antonie.curtius@web.de](mailto:antonie.curtius@web.de)

Dresden, den 16.07.2004

---

<sup>1</sup> Jenkis, Helmut, zitiert nach Krömke, Claus: Das Scheitern des Neuen Ökonomischen Systems der Planung und Leitung in der DDR. Subjektives Versagen oder Reformunfähigkeit des Systems? In: Timmermann, Heiner (Hg.): Die DDR – Analysen eines aufgegebenen Staates, Berlin: 2001, S. 69.

<b>1. Einführung</b>	<b>S. 3</b>
<b>2. Der Entschluss zur Reform</b>	<b>S. 3</b>
<b>3. Die erste Reformphase: Das Neue Ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft (NÖSPL)</b>	<b>S. 4</b>
<b>4. Die zweite Reformphase: Das Ökonomische System des Sozialismus (ÖSS)</b>	<b>S.9</b>
<b>5. Bestimmende Faktoren für das Scheitern der Reform</b>	<b>S. 10</b>
<b>5.1 Unterstützung bei den leitenden Wirtschaftsfunktionären</b>	<b>S. 11</b>
<b>5.2 Rolle der Sowjetunion</b>	<b>S. 11</b>
<b>5.3 Partizipation der Bevölkerung</b>	<b>S. 12</b>
<b>5.4 Stufenweise Umsetzung der Reform</b>	<b>S. 13</b>
<b>5.5 Bedeutung der Ideologie und bestimmter systemischer Konditionen</b>	<b>S. 13</b>
<b>5.6 Die Frage der politischen Macht</b>	<b>S. 15</b>
<b>6. Literaturverzeichnis</b>	<b>S. 17</b>

## **1. Einführung**

Vorliegende Arbeit soll in überblicksartiger Darstellung die Etappen der Wirtschaftsreform der DDR in den 60er Jahren nachvollziehen und hierbei insbesondere der Frage nach den Ursachen ihres Scheiterns nachgehen. Zunächst werden die beiden Phasen der Reform mit den jeweils geplanten Neuerungen vorgestellt, um im zweiten Schritt den Faktoren, welche das Gelingen beziehungsweise Misslingen der Reform determinierten, Raum zu lassen. Abschließend wird noch kurz auf die Frage, inwieweit das Scheitern der Reform eine zwangsläufige Konsequenz der bestehenden Systembedingungen war, einzugehen sein.

## **2. Der Entschluss zur Reform**

„Die bisherige Art und Weise der Planung und Leitung unserer Volkswirtschaft sichert ungenügend den erforderlichen hohen Nutzeffekt der Wirtschaftstätigkeit“.<sup>2</sup> Zu diesem Schluss kam die Wirtschaftskonferenz des Zentralkomitees (ZK) der SED und des Ministerrates der DDR im Juni 1963 angesichts einer als existenziell empfundenen Wirtschaftskrise<sup>3</sup>, die sich bereits 1960/61 in einer äußerst kritischen Versorgungslage manifestiert hatte. Es mangelte sowohl an Grundnahrungsmitteln wie Fleisch, Wurst, Butter, Käse als auch an Schuhen oder Waschmitteln.<sup>4</sup> Ein starker Kaufkraftüberhang führte zur Rationierung von Konsumgütern. Gleichzeitig gab es eine Fülle nichtabsetzbarer Erzeugnisse und die Hortung von Ressourcen in den Betrieben. Die Angst vor der Abwanderung ihrer Beschäftigten in den Westen ließ viele Betriebe auf jegliche Lohnforderungen eingehen. Nach dem damals üblichen Sprichwort „wie die Verpflegung so die Bewegung“<sup>5</sup> betrug der Abwanderungsverlust dennoch allein im April 1961 29.000 Personen.<sup>6</sup>

Bereits 1960 wurde von Seiten der SED-Führung eine Reform des wirtschaftlichen Lenkungsmechanismus in Erwägung gezogen. Ziel war es, die Macht der SED zu sichern, die durch die angespannte wirtschaftliche Lage der DDR und den deutlichen Rückstand im Lebensniveau gegenüber der Bundesrepublik bedroht war. Allerdings war man sich bewusst,

---

<sup>2</sup> Kritische Einschätzung der bisherigen Praxis der Planung und Leitung der Volkswirtschaft, gebilligt auf der Wirtschaftskonferenz des ZK der SED und des Ministerrates der DDR, 24./25. Juni 1963, zitiert nach: Roesler, Jörg: Zwischen Plan und Markt. Die Wirtschaftsreform in der DDR zwischen 1963 und 1970. Berlin: Haufe Verlag 1990, S. 164.

<sup>3</sup> Steiner, André: Die DDR-Wirtschaftsreform der sechziger Jahre. Konflikt zwischen Effizienz- und Machtkalkül. Berlin: Akademie Verlag GmbH 1999, S. 60.

<sup>4</sup> Steiner, André: Von Plan zu Plan. Eine Wirtschaftsgeschichte der DDR. München: Deutsche Verlagsanstalt 2004, S. 119.

<sup>5</sup> Steiner, André: Von Plan zu Plan, S. 128.

<sup>6</sup> Roesler, Jörg: Zwischen Plan und Markt, S. 20.

dass sich die Durchführung einer Reform mit großen Risiken verband. Schnelle Ergebnisse konnten nicht erwartet werden, und die unumgänglichen Anpassungsschwierigkeiten drohten eine noch größere Fluchtbewegung in Gang zu setzen.<sup>7</sup> Die Schlussfolgerung war: „dass man unter den Bedingungen der DDR bei offenen Grenzen keinerlei Experimente machen kann“.<sup>8</sup> Im Interesse des eigenen Machterhaltes wählte man den radikalsten Weg um die Westflucht zu stoppen: den Bau der Mauer.

Der Mauerbau beeinflusste die Reformentstehung in zweierlei Hinsicht. Zum einen ermöglichte er jene erst einmal, zum anderen schien er eine Reform auch noch notwendiger werden zu lassen. Ermöglichung deshalb, weil die SED-Spitze ab sofort nicht mehr bei jedem Reformschritt eine Fluchtwelle zu befürchten hatte und deutlich an Handlungsspielraum gewann.<sup>9</sup> Außerdem gelangten viele DDR-Bürger durch den Mauerbau zu der Einsicht, dass eine Wiedervereinigung in absehbarer Zeit nicht zu erwarten sei und man sich deshalb im System des „realen Sozialismus“ so gut wie möglich einrichten müsse.<sup>10</sup> Nicht von ungefähr entstand der Ausspruch „mit dem Mauerbau erlebte die DDR ihren heimlichen Gründungstag“<sup>11</sup>. Zum Zweiten band er die DDR aber auch noch enger an die Sowjetunion, welche erstere nun als normalen Bestandteil ihres Herrschaftsbereichs betrachtete und mit der Zeit immer weniger zu zusätzlicher ökonomischer Unterstützung bereit war. Die DDR-Regierung war sich darüber im Klaren, dass sie, wollte sie im wirtschaftlichen Wettrennen mit der BRD bestehen, ihr eigenes System der Planung und Lenkung der Volkswirtschaft reformierten musste.<sup>12</sup>

Walter Ulbricht, erster Sekretär des Zentralkomitees (ZK) der SED, war der Ansicht, dass der Sozialismus auf seiner eigenen Grundlage entwicklungs- und ausbaufähig sei.<sup>13</sup>

### **3. Die erste Reformphase: Das Neue Ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft (NÖSPL)**

Nach langer Erarbeitungsphase wurde schließlich im Juni 1963 das *Neue Ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft (NÖSPL)* vom Ministerrat verabschiedet.

---

<sup>7</sup> Steiner, André: Von Plan zu Plan, S. 121-122.

<sup>8</sup> Leuschner zitiert nach Steiner, André: Von Plan zu Plan, S. 122.

<sup>9</sup> Steiner, André: Von Plan zu Plan, S. 123.

<sup>10</sup> Borowsky, Peter: Die DDR in den sechziger Jahren, in: Informationen zur politischen Bildung 1998, H. 258, S. 22.

<sup>11</sup> Steiner, André: Von Plan zu Plan, S. 123.

<sup>12</sup> Borowsky, Peter: Die DDR in den sechziger Jahren, S. 23.

<sup>13</sup> Krömke, Claus: Das Scheitern des Neuen Ökonomischen Systems, S. 49.

Als „Ökonomische Hauptaufgabe“ wurde die Schaffung einer konkurrenzfähigen Alternative zum westlichen System betrachtet.<sup>14</sup> Erreicht werden konnte dies nur mit einer signifikanten Produktivitätssteigerung.

Dafür sollte der Lenkungs- und Koordinationsmechanismus reformiert werden, allerdings nicht insofern als dass man auf den Anspruch der ex-ante-Lenkung der Volkswirtschaft verzichtet hätte.<sup>15</sup>

Die Grundprinzipien der sozialistischen Wirtschaftspolitik, das staatliche Eigentum an Produktionsmitteln, die zentrale Planung und die Macht der Partei galten während der gesamten Reform als unantastbar.<sup>16</sup>

Anfang 1964 wurde mit der Einführung der Reform begonnen. Als Voraussetzung für die erfolgreiche Umsetzung betrachtete man eine Industriepreisreform. Diese sollte, ebenso wie die gesamte Reform nicht en-bloc sondern schrittweise vonstatten gehen. Das Reformkonzept wurde als offen verstanden, d.h. man war sich bewusst, nicht alle Konsequenzen von vorneherein absehen zu können. Da man jedoch sicherstellen wollte, dass der Prozess von „oben“ kontrolliert und gesteuert ablaufen würde, sollte die Gesamtreform stufenweise ablaufen.<sup>17</sup> Für die Preisreform waren drei Etappen vorgesehen. Die zuvor völlig uneinheitliche Preisbildung sollte in sich widerspruchsfrei gestaltet werden. Zunächst betraf dies die Roh- und Grundstoffe sowie Energie- und Verkehrstarife, in der zweiten Etappe die Halbfabrikate und zum Schluss die Fertigwaren. Abgeschlossen werden konnte die Reform, anders als erwartet erst 1967. Das entscheidende Manko der neuen Preise bestand darin, dass sie zwar neu bestimmt aber fortan wieder statisch waren.<sup>18</sup> An Marktpreise war gar nicht zu denken, weil die Bestimmungsgrundlage weiterhin die Kosten darstellten.

Aufbauend auf die Ordnung der Preise sollte mit dem NÖSPL ein neues „System der ökonomischen Hebel“ geschaffen werden. Preise, Kosten, Löhne und Prämien, Zinsen, Gewinne, Kredite, Abgaben sowie Geldfonds<sup>19</sup> wurden neben der Planung, dem Hauptinstrument wirtschaftlicher Lenkung, als finanzwirtschaftlich orientierte Steuerungsmechanismen eingeführt. Anstatt der Bruttoproduktion sollte von nun an der Gewinn als zentraler Leistungsmaßstab für den Erfolg eines Betriebes gelten. Walter Ulbricht, der „Vater der Reform“ erklärte dies mit folgenden Worten: „Es genügt nicht mehr, einfach

---

<sup>14</sup> Steiner, André: Von Plan zu Plan, S. 130.

<sup>15</sup> Steiner, André: Weder Plan noch Markt: Bilanz der DDR-Wirtschaftsreform der sechziger Jahre, in: Boyer, Christoph/Skyba, Peter (Hg.): Repression und Wohlstandsversprechen. Zur Stabilisierung von Parteiherrschaft in der DDR und der CSSR, Dresden: Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung 1999, S. 29.

<sup>16</sup> Borowsky, Peter: Die DDR in den sechziger Jahren, S. 23.

<sup>17</sup> Steiner, André: Die DDR-Wirtschaftsreform der sechziger Jahre, S. 78.

<sup>18</sup> Steiner, André: Von Plan zu Plan, S. 134.

<sup>19</sup> Steiner, André: Von Plan zu Plan, S. 131.

von der „Steigerung der Produktion“ oder der „Erfüllung der Pläne“ zu sprechen (...) In der Diskussion wurde vielfach gefordert dem Gewinn im System der sozialistischen Wirtschaftsführung eine größere Bedeutung beizumessen, als dies bisher der Fall war. Das ist richtig.<sup>20</sup>

Der „Tonnenideologie“, welche den Erfolg der Betriebe nicht am Gewinn sondern primär an der hergestellten Gütermenge maß,<sup>21</sup> sollte damit der Rücken gekehrt werden. Westliche Beobachter sprachen deshalb schon von der „Verdrängung der Maximierungsidee von der Optimierungsidee“.<sup>22</sup> Der Gewinn der Betriebe sollte von nun an die Zuteilung der Ressourcen und der betrieblichen Bonusmittel bestimmen und die Gehälter des Führungspersonals beeinflussen.

Das System wirtschaftlicher Anreize wurde zentral mit dem Ziel geschaffen, die Wirtschaftseinheiten zu einem möglichst effizienten Arbeiten innerhalb des von „oben“ eingeräumten Spielraums zu bewegen.<sup>23</sup>

In das rein administrativ aufgebaute System der Planwirtschaft, welches auf der Festlegung von Produktionsauflagen beruhte, sollte von nun an die Förderung und Ausnutzung echter ökonomischer Interessen der Betriebe integriert werden. Dies, so Claus Krömke in seinem Aufsatz zum Scheitern des NÖS, „setzte die Anerkennung der Existenz von solchen ökonomischen Kategorien wie Kosten, Preise, Geld, Gewinn und Rentabilität voraus, allerdings nicht nur als formale Planziffern, sondern als Ausdrucksformen ökonomischer Interessen.“<sup>24</sup> Im Prozess der Leistungserbringung sollten jene ökonomischen Interessen, auch „materielle Interessiertheit“ genannt, von nun an stärkere Berücksichtigung finden.

Die Anerkennung der Tatsache, dass die Leistungsbereitschaft der arbeitenden Bevölkerung nicht allein durch politisches Bewusstsein und Planbefehle sondern eben gerade mithilfe von Anreizen wie dem Gewinn motiviert werden konnte, stellte einen tiefgreifenden Wandel in der sozialistischen Wirtschaftspolitik der DDR dar.<sup>25</sup> Dies gilt als der wirklich revolutionäre Schritt des Neuen Ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft. Als Zeichen der Anerkennung jener „materielle Interessiertheit“ auf der Ebene der Betriebe wurde jenen theoretisch die Befugnis zur selbständigen Verwendung des von ihnen Erwirtschafteten gewährt. Allerdings sollte das „Prinzip der materiellen Interessiertheit“ nicht zur alleinigen

---

<sup>20</sup> Ulbricht, Walter: Rede auf dem 6. Parteitag am 15.01.1963, zitiert nach Herrnleben, Hans Georg: Geschichte der DDR. Informationen zur politischen Bildung 1991, H.231, S. 62.

<sup>21</sup> Damus, Renate: Entscheidungsstrukturen und Funktionsprobleme in der DDR-Wirtschaft. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag 1973, S. 59.

<sup>22</sup> Steiner, André: Die DDR-Wirtschaftsreform der sechziger Jahre, S. 66.

<sup>23</sup> Steiner, André: Weder Plan noch Markt, S. 30.

<sup>24</sup> Krömke, Claus: Das Scheitern des Neuen Ökonomischen Systems, S. 47.

<sup>25</sup> Krömke, Claus: Das Scheitern des Neuen Ökonomischen Systems, S. 50.

Säule und schon gar nicht zum tragenden Pfeiler des Systems werden. Politisches Bewusstsein und Plandisziplin sollten lediglich eine zeitweilige Ergänzung erfahren. Als „Muttermal der alten Gesellschaft“ wurde der „materiellen Interessiertheit“ nur eine begrenzte Existenzberechtigung zugestanden.<sup>26</sup>

Zur Bekämpfung der Verschwendung durch die Bildung von „Polstern“ in den Betrieben wurde als weitere Neuerung durch das NÖSPL das Prinzip der „Eigenerwirtschaftung“ der Geldmittel durch die Betriebe eingeführt. Insbesondere die Investitionen sollten von nun an in den Betrieben selbst erwirtschaftet werden, bevor sie getätigt werden konnten. Eine weitere Maßnahme zur Effizienzsteigerung der Betriebe stellte die Einführung eines Kapitalzinses in Form der „Produktionsfondsabgabe“ dar. Die Betriebe sollten anhand dessen gezwungen werden, einen Mindestgewinn zu erwirtschaften. Ansonsten hätten sie diese Abgabe auf die Nutzung des „Volkseigentums“ nicht aufbringen können.<sup>27</sup> Einer der bedeutsamsten Bestandteile der ersten Reformphase bestand jedoch darin, dass den Vereinigungen Volkseigener Betriebe (VVB) Eigenverantwortung für die Verteilung ihrer Produkte gegeben wurde.<sup>28</sup> Ab dem 1. Januar 1964 wurden sie auf die wirtschaftliche Rechnungsführung umgestellt und damit faktisch von einer Verwaltungsinstanz in eine wirtschaftliche Einheit verwandelt.<sup>29</sup> Die VVB waren erst 1958 nach der Auflösung der Industrieministerien als Zwischenleitungsebene zwischen der staatlichen Plankommission (SPK) und den Betrieben gegründet worden.<sup>30</sup>

Neu war im NÖS auch die Betonung auf der wissenschaftlichen Fundierung aller wirtschaftlichen Führungstätigkeiten. Sie resultierte aus der folgenden Einsicht: „Die Durchsetzung der neuen ökonomischen Leitung ist in erster Linie von der Qualität der Leiter abhängig.“<sup>31</sup> Diese durch eine reformbegleitende Kaderpolitik stetig zu verbessern, wurde zu einer „Hauptfrage zur Lösung der ökonomischen Aufgabe“ deklariert.<sup>32</sup> Die Vermittlung wissenschaftlich-technischer Inhalte gewann im Vergleich zu politisch-ideologischem Wissen in den Weiterbildungsprogrammen und Lehrplänen der diversen wirtschaftswissenschaftlichen Studiengänge stärker an Bedeutung.<sup>33</sup> Im Rahmen der Ausbildung von Führungskadern wurde intensiv die Managementliteratur

---

<sup>26</sup> Krömke, Claus: Das Scheitern des Neuen Ökonomischen Systems, S. 51.

<sup>27</sup> Steiner, André: Von Plan zu Plan, S. 131-132.

<sup>28</sup> Steiner, André: Von Plan zu Plan, S. 135.

<sup>29</sup> Steiner, André: Die DDR-Wirtschaftsreform der sechziger Jahre, S. 80.

<sup>30</sup> Steiner, André: Von Plan zu Plan, S. 100.

<sup>31</sup> Besprechungsprotokoll, ZK-Abt. für Kaderfragen, 18.3.1963, SAPMO-BA, DY 30 IV A2/11/2, Bl. 5, zitiert nach: Fäßler, Peter E.: Kaderpolitik und -entwicklung im Kontext der DDR-Wirtschaftsreform (1963-1970). Unveröff. Preprint.

<sup>32</sup> Fäßler, Peter E.: Kaderpolitik und -entwicklung.

<sup>33</sup> Fäßler, Peter E.: Kaderpolitik und -entwicklung.

marktwirtschaftlicher Provenienz studiert. Claus Krömke vollzieht den Gedankengang der Kader nach: „Wenn es gelänge, diese modernen Führungsmethoden der kapitalistischen Konzerne mit der Planung zu verbinden, dann könnte der Rückstand (Anm. d. Verf.: zur BRD in Innovation und effizienter Produktion) überwunden werden.<sup>34</sup>

Ein anderer Grund für die intensive wissenschaftliche Beschäftigung der Kader war die Angst, dass die Betriebe sich sonst verselbständigen könnten. Die isolierte Einführung der Anforderungen wissenschaftlich profunder Vorbildung für die Betriebe hätte eine Gefahr für die obersten politischen Kader bedeutet. Um zu gewährleisten, dass nicht nur die Betriebe entsprechend der neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse geleitet wurden, mussten auch die Kader über den neuesten Stand der Wissenschaft informiert sein.

1965 geriet die Reform in eine erste Krise. In Wirtschaftsverhandlungen mit der Sowjetunion war deutlich geworden, dass Lieferungen landwirtschaftlicher Erzeugnisse gekürzt und steigende Rohstofflieferungen zunehmend von Gegenleistungen abhängig gemacht werden sollten.<sup>35</sup> Um die Beachtung der Probleme deutlich zu machen, wurde 1965 eine zweite Etappe des NÖSPL angekündigt. Diese stellte in wirtschaftlicher Hinsicht noch keine wesentliche Modifizierung des Reformkonzeptes dar.<sup>36</sup> Man verzichtete nur zunehmend darauf marktwirtschaftliche Begriffe im Zusammenhang mit Reformmaßnahmen zu verwenden, um die Kritik der Reformskeptiker nicht weiter anzuheizen.

Insgesamt erwies sich die praktische Umsetzung des NÖSPL als schwierig: die Industriepreisreform, welche 1967 als beendet galt, hatte nicht die geforderten „kostengerechten“ Preise geliefert und die VVB besaßen nur ungenügend Informationen für die volkswirtschaftlich sinnvolle Verteilung ihrer Produkte. Zudem führte das System der Löhne, Prämien und Urlaubsvergünstigungen nicht nur zu Leistungssteigerungen sondern ebenso zu Unzufriedenheit. Der Erhalt von Prämien hing nicht nur vom Einsatz des Einzelnen oder des Betriebes ab, sondern war gleichzeitig eine Funktion der zentralen Planung. Häufig waren fehlendes Material, mangelnde Ersatzteile und veraltete Maschinen Grund für das Ausbleiben der Prämien.<sup>37</sup>

Im Vergleich zu den Erwartungen waren die aufzuweisenden Erfolge der Reform Mitte der 60er Jahre noch spärlich. Die Protagonisten gerieten unter Druck, was schließlich 1967/68 zu einer Änderung des Reformkonzeptes führte.<sup>38</sup>

---

<sup>34</sup> Krömke, Claus: Das Scheitern des Neuen Ökonomischen Systems, S. 48.

<sup>35</sup> Steiner, André: Von Plan zu Plan, S. 137.

<sup>36</sup> Steiner, André: Weder Plan noch Markt, S. 29.

<sup>37</sup> Borowsky, Peter: Die DDR in den sechziger Jahren, S. 23.

<sup>38</sup> Steiner, André: Von Plan zu Plan, S. 140-141.

#### 4. Die zweite Reformphase: Das Ökonomische System des Sozialismus (ÖSS)

Der VII. Parteitag der SED (vom 17. bis 22. April 1967) verkündete den Übergang zur zweiten großen Reformphase, dem *Ökonomischen System des Sozialismus (ÖSS)*<sup>39</sup> mit dem Konzept der „strukturbestimmenden Planung“.<sup>40</sup> Aus den Defiziten der ersten Phase hinsichtlich der Preisreform sollte gelernt werden. Es kam zur Dynamisierung der Industriepreise, was bedeutete, dass nun sinkende oder steigende Kosten mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung Ausdruck im Preis des Produktes finden konnten.<sup>41</sup> Die umfangreichste und wichtigste Neuerung des ÖSS lag jedoch in einer „Wachstums- und Technologieoffensive“<sup>42</sup> die durch das neue Konzept der „strukturbestimmenden Planung“ realisiert werden sollte:

Vorgesehen war ein zweiteiliger Mechanismus: eine eng begrenzte Zahl sogenannter „Fortschrittsindustrien“ (z.B. Elektronik und Werkzeugmaschinenbau) sollte zentral gelenkt und bei der Ressourcen-, und Investitionsvergabe präferenziell behandelt werden, die Masse der Betriebe sollte größere Entscheidungsbefugnisse erhalten.<sup>43</sup> Die erneute Vorgabe konkreter Plankennziffern für die „Fortschrittsindustrien“ bildete einen Widerspruch zu dem im NÖS eingeleiteten Abbau der Planaufgaben. Man erhoffte sich aber mit der forcierten Entwicklung dieser Bereiche das Reformziel des Überholens der bundesrepublikanischen Wirtschaft zu erreichen. Da der intersystemare Wettbewerb auf andere als auf die marktwirtschaftliche Art und Weise, nämlich mit der „strukturbestimmenden Planung“ gewonnen werden sollte, lief die zweite Phase der Reform unter dem Motto „Überholen ohne Einzuholen“.<sup>44</sup> Der Bereich der strukturkonkreten Planung nahm jedoch zwischen 1968 und 1970 einen zunehmend größeren Teil der Investitionsmittel in Anspruch. Es kam zu einer Konzentration der Wirtschaft in Richtung der präferiert behandelten Industrien, zulasten von Vorleistungen und Konsumgüterproduktion. Das Interesse bei VVB und Betrieben, ihre Vorhaben in den Kreis der „strukturbestimmenden“ aufnehmen zu lassen wuchs, sodass im Sommer 1968 circa 100 Aufgaben unter diese Rubrik gezählt wurden.<sup>45</sup> Konsequenz war, dass der rasch anwachsende Bedarf der Finalproduzenten von der Zulieferindustrie nicht im nötigen Maße befriedigt werden konnte. Es fehlte an Vorleistungen. Zusätzlich verschärften sich die Disproportionen im neuen zweigeteilten System durch 1966 eingeleitete

---

<sup>39</sup> Borowsky, Peter: Die DDR in den sechziger Jahren, S. 23.

<sup>40</sup> Steiner, André: Von Plan zu Plan, S. 144.

<sup>41</sup> Roesler, Jörg: Zwischen Plan und Markt, S. 42.

<sup>42</sup> Steiner, André: Von Plan zu Plan, S. 161.

<sup>43</sup> Steiner, André: Von Plan zu Plan, S. 141.

<sup>44</sup> Die Entstehung dieses Mottos ist nachzulesen in: Steiner, André: Von Plan zu Plan, S. 142.

<sup>45</sup> Steiner, André: Von Plan zu Plan, S. 144-145.

Automatisierungsvorhaben. Grund für diese Vorhaben war die Einschätzung des Politbüros, dass die DDR mit dem internationalen Automatisierungstempo bisher nicht mithalten habe. Die Mittel und Kräfte, welche für die Automatisierung aufgewendet wurden (1969 15%, 1970 ganze 30% der Gesamtinvestitionen der Industrie) fehlten in der Konsumgütererzeugung. Es kam zum Auftreten ernster Versorgungslücken.<sup>46</sup> Kleidung, Schuhe, Möbel und hochwertige Nahrungsmittel konnten nicht in ausreichendem Maße angeboten werden.<sup>47</sup> Der Unmut in der Bevölkerung wuchs und erreichte politische Dimensionen. Die Feststellung auf der 14. ZK-Tagung (9-11. Dezember 1970), dass zwar die Industrieproduktion im Fünfjahresplan 1966-1970 jährlich um sechs Prozent gewachsen, wichtige Ziele des Plans in den Bereichen Energieversorgung, Zulieferindustrie, Bauwesen und der Nahrungsmittelversorgung jedoch nicht erreicht und das Wachstum der Arbeitsproduktivität um die Hälfte unter dem Soll geblieben war, gab den Anlass zur offiziellen Abkehr vom Reformvorhaben.<sup>48</sup> Praktisch waren die marktorientierten Errungenschaften der Reform jedoch schon seit einiger Zeit unterhöhlt worden. Der Plan war mit der „strukturbestimmenden Planung“ längst wieder zum beherrschenden Lenkungsinstrument geworden und die finanzwirtschaftlich orientierten Steuerungsinstrumente und Anreizmechanismen hatten bereits Anfang 1970 ihre Wirksamkeit verloren.<sup>49</sup> Claus Krömke weist darauf hin, dass auch Walter Ulbricht, der Protagonist der Reform, bereits 1968 das Ziel, ein neues Wirtschaftssystem zu schaffen, aufgegeben hatte.<sup>50</sup> Dennoch versuchte Ulbricht sich zu wehren, als seine Gegenspieler in der SED-Spitze die völlige Demontage wesentlicher Elemente der Wirtschaftsreform durchsetzen. Daraufhin wandten diese sich im Januar 1971 an Breshnew und baten, er möge Ulbricht zum Rücktritt bewegen. Auf diesen Wunsch ging Breshnew offiziell Anfang Mai 1971 ein.<sup>51</sup> Erich Honecker löste Walter Ulbricht als erster Sekretär des ZK's ab. Die Reform fiel mit ihren Protagonisten.<sup>52</sup>

## **5. Bestimmende Faktoren für das Scheitern der Reform**

Die Gründe, die schließlich zum Scheitern des Reformwerkes führten, sind divers. In der Gesamtschau betrachtet, wird man jedoch zu dem Schluss kommen, dass das Missglücken von NÖSPL und ÖSS zwangsläufig geschah und schon in Systembedingungen vorgezeichnet war.

---

<sup>46</sup> Roesler, Jörg: Zwischen Plan und Markt, S. 153-154.

<sup>47</sup> Borowsky, Peter: Die DDR in den sechziger Jahren, S. 24.

<sup>48</sup> Borowsky, Peter: Die DDR in den sechziger Jahren, S. 24.

<sup>49</sup> Steiner, André: Von Plan zu Plan, S. 163.

<sup>50</sup> Krömke, Claus: Das Scheitern des Neuen Ökonomischen Systems, S.58.

<sup>51</sup> Steiner, André: Von Plan zu Plan, S. 163-164.

<sup>52</sup> Krömke, Claus: Das Scheitern des Neuen Ökonomischen Systems, S. 61.

## **5.1 Unterstützung bei den leitenden Wirtschaftsfunktionären**

Als wichtige Determinante für den Verlauf der Reform muss die Einstellung der Hauptakteure zur Umgestaltung des Planungs- Leitungssystems betrachtet werden. Neben den Reformern innerhalb der SED-Spitze befand sich hier eine nicht unbedeutende Gruppe von Skeptikern. Als wichtigste Vertreter dieser Gruppe lassen sich Alfred Neumann, Chef des Volkswirtschaftsrates und Willy Rumpf, Finanzminister in der Reform nennen. Es folgen Erich Honecker und andere, die insbesondere in der späten Reformphase eine wichtige, für die Reform kontraproduktive Rolle spielen.

Willy Rumpf, drückte seine kritische Haltung gegenüber der Reform folgendermaßen aus: bei der Durchführung der für die Reform so essenziellen Industriepreisreform trat er in eine Art „Bummelstreik“. Er stellte sich zudem entschieden gegen jegliche finanzielle Eigenregie der Betriebe.<sup>53</sup>

Auch unter den anderen Skeptikern begann man gegen die Reform zu wirken.

Zwar hatte das Politbüro der SED das NÖSPL 1963 einmütig gebilligt, aber schon bald fand sich unter Erich Honecker eine Opposition in der SED-Spitze zusammen. Zunächst drückte sich der Widerstand nur in der Verhinderung jeglicher Übertragung des Reformkonzeptes auf Kunst, Kultur oder Jugendpolitik aus. Anschließend arbeitete man jedoch gegen die Wirtschaftsreform im Allgemeinen an. Ulbrichts Wirtschaftsberater Berger sprach im Rückblick von einer „Doppelherrschaft“ (Anmerk. d. Verf: Ulbricht/Honecker), die seit Ende 1965 in der Parteiführung existierte.<sup>54</sup> Die Tatsache, dass Ulbricht ein ausgesprochener Machtpolitiker war, der nicht selten sein Gegenüber mit deutlichen Worten brüskierte, half Honecker, Unterstützung in der SU für die Auseinandersetzung zu erhalten.<sup>55</sup>

## **5.2 Rolle der Sowjetunion**

Zu den reformrelevanten Akteuren muss schließlich auch die Sowjetunion gezählt werden, die durch den Blockzusammenhang für alle wirtschaftspolitischen Entscheidungen eine bedeutsame Rolle spielte.

Seit 1965 hatte sich das Reformklima verschlechtert, wozu die Haltung der SU gegenüber der Reform deutlich beitrug. Durch die Moskauer Regierung unter Breshnew wurde jegliche

---

<sup>53</sup> Krömke, Claus: Das Scheitern des Neuen Ökonomischen Systems, S. 57.

<sup>54</sup> Roesler, Jörg: Ulbricht im Kampf um die Verbreitung und Bewahrung des DDR-Wirtschaftsreformkonzepts. Die Auseinandersetzungen des Jahres 1968, in: BISS public 8.Jg., 1998, H. 26, S. 199.

<sup>55</sup> Krömke, Claus: Das Scheitern des Neuen Ökonomischen Systems, S. 54-55.

Neuerung mit Misstrauen beügt. Die Reformer wussten, dass sie bei der Konzeption der zweiten Phase der Reform, dem ÖSS keine Risiken mehr eingehen durften. War man in der zweiten Etappe des NÖS noch um die Rücknahme einzelner zu stark marktwirtschaftlich klingender Formulierungen bemüht, versuchte das ZK nun alle marktwirtschaftlichen Tendenzen vehement zu bekämpfen. Ein 1968 in der Fachpresse erschienener Artikel des Wirtschaftswissenschaftlers Kohlmeier „Planen als Regeln und Steuern“ wurde Anlass für einen direkt vom Sekretär für Wirtschaft beim ZK, Mittag, geführten ‚Feldzug‘ gegen allzu selbstständig denkende Ökonomen.<sup>56</sup> Der Einmarsch der Warschauer Paktstaaten anlässlich des Prager Frühlings 1968 bestätigte nachträglich das dünne Eis auf dem man mit der Reform wandelte.<sup>57</sup> Die Ablehnung umfangreicher Rohstofflieferungen durch die Sowjetunion zeigte umso deutlicher, dass man von dieser Seite keine Unterstützung mehr für das Reformvorhaben erwarten konnte.<sup>58</sup> Die Tatsache, dass Ulbricht trotz Warnung Breshnews 1970 für seine Wachstums- und Technologieoffensive auf eine stärkere wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik zu bauen begann, bewegte Moskau dann endgültig seine Gegenspieler zu unterstützen.<sup>59</sup> Die Zusammenarbeit mit den Kapitalisten, die „wirtschaftlich in die DDR einzudringen“<sup>60</sup> versuchten, sprengte die ideologischen Grenzen.

### **5.3 Partizipation der Bevölkerung**

Zu Beginn der Reform war in der DDR-Bevölkerung, vor allem auch unter den Intellektuellen, eine Aufbruchstimmung zu spüren. Da mit der Wirtschaftsreform eine Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Lage verbunden zu sein schien, war man bereit an ihr mitzuwirken. Mitarbeit wurde zunächst auch gefordert, doch diese, das sollten die Bürger spätestens 1965 deutlich spüren, war nur in eng begrenztem Rahmen möglich. Anlässlich des 11. ZK-Plenums, dem sogenannten „Kahlschlag“- Plenum, wurden zu weit vorgepreschte Künstler öffentlich gemaßregelt.<sup>61</sup> Die Dissonanz zwischen partiell zugelassenem „ökonomischen Eigensinn“ und dem Primat der Politik über die Wirtschaft wurde überdeutlich. Konsequenz war die abnehmende Bereitschaft der Bevölkerung zu aktiver Mitarbeit am Reformwerk. André Steiner spricht für 1965 von einer „Ernüchterung“ in der

---

<sup>56</sup> Roesler, Jörg: Zwischen Plan und Markt, S. 41.

<sup>57</sup> Steiner, André: Von Plan zu Plan, S. 142.

<sup>58</sup> Steiner, André: Von Plan zu Plan, S. 163.

<sup>59</sup> Steiner, André: Von Plan zu Plan, S. 162-163.

<sup>60</sup> Steiner, André: Von Plan zu Plan, S. 163.

<sup>61</sup> Steiner, André: Von Plan zu Plan, S. 133.

Bevölkerung.<sup>62</sup> Die 1968 erfolgte „Abmahnung“ des engagiert an der Reform mitwirkenden Wirtschaftswissenschaftlers Kohlmeier bewirkte dann ihr Übriges.

#### **5.4 Stufenweise Umsetzung der Reform**

Ein weiteres Problem für die erfolgreiche Umsetzung der Reform zeichnete sich in der schrittweisen Einführung der Reform ab. Die Entscheidung gegen eine „en bloc-Einführung“ war aufgrund des fehlenden „Sicherheitspolsters“ in Form finanzieller und materieller Reserven getroffen worden. Das Risiko durch Fehlentscheidungen ein ganzes System „lahmzulegen“, konnte so minimiert werden.<sup>63</sup>

Gleichzeitig bedeutete die schrittweise Einführung der Reform zwangsläufig das Nebeneinander von alten und neuen Elementen, was deutliche Reibungsverluste verursachte.<sup>64</sup>

Wegen der etappenweisen Durchführung der Industriepreisreform blieben somit viele der neuen Anreize zunächst ohne Effekt.<sup>65</sup> Widersprüchliche Anforderungen an die Wirtschaftsfunktionäre führten dazu, dass sich die Verantwortlichen auf den verschiedenen Ebenen der Wirtschaftsbürokratie nicht gezwungen fühlten, ihr Verhalten zu ändern.<sup>66</sup> Die stufenweise Einführung der Reform wirkte demnach der erfolgreichen Umsetzung der Reform entgegen, blieb allerdings auch ohne adäquate Alternative.

#### **5.5 Bedeutung der Ideologie und bestimmter systemischer Konditionen**

Die marktorientierte Wirtschaftstätigkeit der Unternehmen blieb, so Steiner, immer in das „planwirtschaftliche Korsett“ eingezwängt. Auch die Reformer folgten bestimmten ideologischen Prämissen, die nicht überwunden werden durften.<sup>67</sup> Dies hatte beispielsweise zur Folge, dass die Einführung des NÖSPL nie offiziell als Reform bezeichnet werden durfte. Mit dem Begriff Reform verband man ein Abgehen vom System des real existierenden Sozialismus und die Restauration des Kapitalismus.<sup>68</sup> Eine andere Folge dessen war die Inkonsequenz in der Reformumsetzung. Bei der Industriepreisreform bedeutete dies, dass als für die Preisbildung bestimmender Faktor auch weiterhin nur die Kosten galten. Angebots- und Nachfrageverhältnisse spiegelten sich in ihnen nur selten wieder. Die Tatsache, dass die Preise keine vom Markt gebildete Kategorie darstellten, machte es somit schwierig der

---

<sup>62</sup> Steiner, André: Von Plan zu Plan, S. 140.

<sup>63</sup> Roesler, Jörg: Zwischen Plan und Markt, S. 33.

<sup>64</sup> Roesler, Jörg: Zwischen Plan und Markt, S. 156.

<sup>65</sup> Steiner, André: Von Plan zu Plan, S. 134.

<sup>66</sup> Roesler, Jörg: Zwischen Plan und Markt, S. 156.

<sup>67</sup> Steiner, André: Von Plan zu Plan, S. 164.

<sup>68</sup> Krömke, Claus: Das Scheitern des Neuen Ökonomischen Systems, S. 53.

Rentabilität der Betriebe eine bedeutsame Rolle im Wirtschaftssystem zukommen zu lassen.<sup>69</sup> Woher bezog man dann die entscheidenden Informationen für die zentral zu treffenden Strukturentscheidungen? Die Aufkommen-Verwendungs-Bilanzen gaben zwar Aufschluss über die Defizite bei einzelnen Erzeugnissen, es konnte ihnen jedoch keine differenzierte Wertigkeit der unterschiedlichen Defizite entnommen werden. Auch war die Methode der Input-Output-Analyse noch derart unterentwickelt, dass sie nicht zu fundierten Strukturentscheidungen beitragen konnte. Kurzum: für Struktur- und Verteilungsentscheidungen fehlten adäquate Kriterien, die Preisreform konnte diesen Mangel nicht beheben. Der Grund dafür lag nicht allein in ihrer schleppenden Durchführung, sondern in ihrer Konzeption: eine Bestimmung der Preise durch Angebots- und Nachfrageverhältnisse war nicht vorgesehen. Diese hätte nach Ansicht der Reformer die Grenzen des Systems gesprengt.<sup>70</sup>

Im Bereich der finanziellen Anreizmechanismen stellte sich die inkonsequente Reformumsetzung so dar: die durchschnittliche *jährliche* Prämiensumme lag zwischen 1964 und 1967 nie höher als 70% eines durchschnittlichen *Monatslohns*.<sup>71</sup> Durch einen solch geringen gewinnabhängigen Teil des Gesamtlohnes konnte die Anreizfunktion nicht oder nur kaum erfüllt werden.

Die „Eigenerwirtschaftung der Mittel“ hätte bei konsequenter Umsetzung bedeutet, dass die Betriebe nur so viele Finanzmittel hätten ausgeben dürfen, wie sie selbst erwirtschafteten. In der Praxis wurden die Budgetbeschränkungen jedoch erneut „weich“ gehandhabt. Folge dessen war die Beibehaltung der Bildung von „Polstern“, namentlich die Hortung von Produktionsmitteln in den Betrieben.<sup>72</sup> Auch die Preise konnten nicht als effektives Mittel gegen die Hortung wirken, da sie keine Knappheitsverhältnisse widerspiegeln.

Zudem beinhaltete die „Eigenerwirtschaftung“ nicht die völlig selbstbestimmte Verwendung der Mittel für Investitionen. Jedes wichtigere Investitionsvorhaben wurde vom Plan erfasst und unterlag der Bilanzierung der notwendigen materiellen und finanziellen Aufwendungen. Die staatliche Plankommission und die betreffende Abteilung im Zentralkomitee stellten klar, dass eine unbilanzierte Eigenverwendung der erwirtschafteten Mittel durch die Betriebe grundsätzlich nicht in Frage kam. Grund war die Angst, mit der staatlichen Verfügungsgewalt über die Fonds auch das wichtigste ökonomische Mittel zum politischen Machterhalt zu verlieren.<sup>73</sup>

---

<sup>69</sup> Krömke, Claus: Das Scheitern des Neuen Ökonomischen Systems, S. 63.

<sup>70</sup> Steiner, André: Von Plan zu Plan, S. 141.

<sup>71</sup> Steiner, André: Von Plan zu Plan, S. 136.

<sup>72</sup> Steiner, André: Weder Plan noch Markt, S. 31.

<sup>73</sup> Krömke, Claus: Das Scheitern des Neuen Ökonomischen Systems, S. 63.

## 5.6 Die Frage der politischen Macht

Die „halbherzige“ Umsetzung der Reform hatte ihre Ursache darin, dass das Motiv der Wirtschaftsreform für die SED-Spitze die Einsicht war, dass nur so die eigene Macht gesichert werden konnte. Diese Intention begrenzte das Maß an Eigenständigkeit, welches den wirtschaftlichen Einheiten zugestanden werden sollte.<sup>74</sup> Die Ausübung der Macht wurde immer als direkte Verfügung über die finanziellen und materiellen Fonds durch die Zentralgewalt verstanden. Deshalb konnten und durften streng ökonomische Kriterien keine eigenständige Wirkung entfalten. Dieses hätte die Grundfesten des Systems zerstört, was nicht zur Debatte stand.<sup>75</sup> Claus Krömke beschreibt das Paradox so: „Das NÖS musste unvollkommen sein, um überhaupt zum Leben erweckt werden zu können.“<sup>76</sup>

Das volkswirtschaftliche Grundprinzip der administrativen Planung, welches das Ziel der Verteilung knapper Ressourcen durch direkte Zuteilung hatte, wurde deshalb nie aufgeben. Trotz der gewissen Aufweichung die die „Zuteilungswirtschaft“ durch das NÖSPL erfuhr, blieb das Primat des Staatsplanes und seine strikten Handhabung bis in jedes Detail beibehalten. Mittag beschwerte sich deshalb im Sommer 1965: „Es besteht wieder stärker die Tendenz, die Planerfüllung mit rein administrativen Mitteln, mit Verfügungen und Weisungen usw. zu betreiben bei gleichzeitig großem Papieraufwand für tägliche Dispatcher-meldungen.(...) Dabei gerät die richtige Leitung mit ökonomischen Mitteln in den Hintergrund.“<sup>77</sup>

Diese Inkonsequenz in der Reform, so meint Claus Krömke, enthielt bereits den „Keim des späteren Scheiterns des NÖS“, weil dessen eigentliche Antriebskräfte „gar nicht erst zur Entfaltung kommen konnten“.

„Das NÖS scheiterte an der Frage der politischen Macht“<sup>78</sup> - nicht an dem Ausbleiben des wirtschaftlichen Erfolges.

Das wird daran ersichtlich, dass die Reform trotz aller Probleme und Inkonsistenzen in der Umsetzung deutliche wirtschaftliche Erfolge erzielte: nach der DDR-Statistik stieg die Zuwachsrate der volkswirtschaftlichen Produktivität (Wertschöpfung je Kopf der Bevölkerung) zwischen 1961 und 1967 von unter 3% auf über 5% an. 1970 konnte gar der Wert von 6% erreicht werden. Die Zunahme war vor allem auf die seit 1963 steigenden Investitionen zurückzuführen. Auch die Effektivität der Investitionen konnte nach einem

---

<sup>74</sup> Steiner, André: Von Plan zu Plan, S. 132.

<sup>75</sup> Krömke, Claus: Das Scheitern des Neuen Ökonomischen Systems, S. 69.

<sup>76</sup> Krömke, Claus: Das Scheitern des Neuen Ökonomischen Systems, S. 69.

<sup>77</sup> Steiner, André: Von Plan zu Plan, S. 136.

<sup>78</sup> Krömke, Claus: Das Scheitern des Neuen Ökonomischen Systems, S. 67.

Tiefpunkt im Jahre 1961 bis 1964 stetig angehoben werden, stagnierte dann allerdings bis 1970. Der Produktivitätsrückstand der DDR gegenüber der Bundesrepublik, welcher in der akuten Krise zu Beginn der 60er Jahre so drastisch gewachsen war, konnte zwar nicht eingeholt, aber zumindest gebremst werden.<sup>79</sup>

Die entscheidenden Gründe für die Beendigung der Reform lagen demzufolge nicht in einem Ausbleiben des Erfolges der wirtschaftlichen Umgestaltung sondern ganz im Gegenteil. Die zeitweilige Schwäche zu Beginn der 70er Jahre wurde von den Reformkritikern um Honecker nur zum Vorwand genommen. Der Grund des Reformstopps lag gerade in der grundsätzlichen Stabilisierung des volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozesses, die eine politische Krise, wie sie noch zu Beginn der 60er Jahre drohte, nicht mehr wahrscheinlich erscheinen ließ. Solange mit einem partiellen Machtverlust der Zusammenbruch der Volkswirtschaft und folglich ein politisches Risiko verhindert werden konnten, nahm man diesen in Kauf. Sobald sich die wirtschaftliche Situation jedoch verbessert hatte, sah man in der zunehmenden Eigenständigkeit wirtschaftlicher Subsysteme, welche ihre Entscheidungen stärker am Markt zu orientieren begannen als an Parteidirektiven, eine unakzeptable Gefahr. Die Wirtschaftsreform hatte, so Roesler, ihre politische Schuldigkeit getan, auch wenn sie ökonomisch unvollendet blieb.

Für diese Argumentation spricht die Tatsache, dass es nach 1970 zu keiner wirklichen Analyse der Reform und ihres vermeintlichen Misserfolges kam. Hierbei hätte sich denn auch gezeigt, dass die volkswirtschaftlichen Ergebnisse während der Reformperiode gesteigert werden konnten, und der eigentliche Grund der Beendigung folglich ein anderer sein musste. Die Annahme Walter Ulbrichts, dass der Sozialismus der DDR auf seiner eigenen Grundlage entwicklungs- und ausbaufähig sei, bewies sich im Nachhinein als Fehleinschätzung. Auch wenn noch 1989 „die bisherige Art und Weise der Planung und Leitung (der) Volkswirtschaft“ nur „ungenügend den erforderlichen hohen Nutzeffekt der Wirtschaftstätigkeit“ sicherte: aus eigenen Kräften und durch die schiere Weiterentwicklung des „real existierenden Sozialismus“ schien keine grundlegende Reform des Wirtschaftssystems möglich zu sein.<sup>80</sup>

---

<sup>79</sup> Steiner, André: Von Plan zu Plan, S. 152.

<sup>80</sup> Bezugnehmend auf die „Kritische Einschätzung“, zitiert nach: Roesler, Jörg: Zwischen Plan und Markt, S. 164.

## 6. Literaturverzeichnis

### Monographien

*Damus, Renate*: Entscheidungsstrukturen und Funktionsprobleme in der DDR-Wirtschaft. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag 1973.

Herrleben, Hans Georg: Geschichte der DDR. Informationen zur politischen Bildung 1991, H.231.

*Roesler, Jörg*: Zwischen Plan und Markt. Die Wirtschaftsreform in der DDR zwischen 1963 und 1970. Berlin: Haufe Verlag 1990.

*Steiner, André*: Von Plan zu Plan. Eine Wirtschaftsgeschichte der DDR. München: Deutsche Verlags-Anstalt 2004.

*Steiner, André*: Die DDR-Wirtschaftsreform der sechziger Jahre. Konflikt zwischen Effizienz- und Machtkalkül. Berlin: Akademie Verlag GmbH 1999.

### Aufsätze

*Borowsky, Peter*: Die DDR in den sechziger Jahren, in: Informationen zur politischen Bildung 1998, H. 258, S. 22-31.

*Boyer, Christoph*: Stabilisierung durch Wandel. Institutionenevolution im Staatssozialismus, in: Bender, Gerd et. al. (Hg.): Das Europa der Diktatur. Steuerung-Wirtschaft-Recht. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 2002, S. 119-139.

*Fäßler, Peter E.*: Kaderpolitik und -entwicklung im Kontext der DDR-Wirtschaftsreform (1963-1970). Unveröff. Printskript

*Krömke, Claus*: Das Scheitern des Neuen Ökonomischen Systems der Planung und Leitung in der DDR. Subjektives Versagen oder Reformunfähigkeit des Systems? In: Timmermann, Heiner (Hg.): Die DDR – Analysen eines aufgegebenen Staates. Berlin: Duncker & Humblot 2001, S. 47-72.

*Madarász, Jeannette*: Die Realität der Wirtschaftsreform in der DDR. Betriebsalltag in den sechziger Jahren, in: Deutschland Archiv 36.Jg., 2003, H. 6, S. 966-980.

*Nakath, Detlef*: DDR-Wissenschaftsgeschichte in den sechziger und siebziger Jahren, in: Deutschland Archiv 35.Jg., 2002, H. 3, S. 477-479.

*Roesler, Jörg*: Ulbricht im Kampf um die Verbreitung und Bewahrung des DDR-Wirtschaftsreformkonzepts. Die Auseinandersetzungen des Jahres 1968, in: BISS public 8.Jg., 1998, H. 26, S. 191-212.

*Steiner, André*: Weder Plan noch Markt: Bilanz der DDR-Wirtschaftsreform der sechziger Jahre, in: Boyer, Christoph/Skyba, Peter (Hg.): Repression und Wohlstandsversprechen. Zur Stabilisierung von Parteiherrschaft in der DDR und der CSSR. Dresden: Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung 1999, S. 29-36.

*Autor ungenannt.:* Wirtschaftsreformen in der DDR – Schritte von der Plan- zur Marktwirtschaft, in: Stahl und Eisen. Zeitschrift für die Herstellung und Verarbeitung von Eisen und Stahl 110. Jg., 1990, H. 2, S. 121-124.